

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Das muss besser werden“

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, 58 (FDP), über ihre Bedenken gegenüber Google, die Debatte über Körperscanner, ihre ersten Niederlagen im neuen Amt und über die Herausforderung, als liberale Bürgerrechtlerin mit der Union zu regieren



PETER SCHINZLER

Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger: „Als Bürgerrechtspartei behaupten“

SPIEGEL: Frau Leutheusser-Schnarrenberger, welche Suchmaschine nutzen Sie, wenn Sie im Internet unterwegs sind?

Leutheusser-Schnarrenberger: Kommt darauf an, was ich suche. Oft sind es einzelne Presseartikel, dafür nutze ich Paperball. Sonst natürlich auch oft Google, das ist in meinen Browser schon integriert, daran kommt man ja kaum vorbei.

SPIEGEL: Wenn Sie sich selbst googeln, finden Sie unter Ihrem Namen derzeit rund 100000 Treffer, Sie können über Google Earth Ihr Haus und Grundstück von oben sehen, und wenn dann noch Google Street View auch für Deutschland auf den Markt kommt, das zusätzlich Straßenansichten liefert ...

Leutheusser-Schnarrenberger: ... bin ich gespannt. Als ich in der Zeitung gelesen habe, dass diese Google-Autos nun auch in meiner Heimatgemeinde Aufnahmen machen, habe ich an Google geschrieben, widersprochen und den Bürgermeister gebeten, am Rathaus einen Aushang zu machen, um die Bürger zu informieren – das Unternehmen selbst hat das damals nicht getan.

SPIEGEL: Hat Google Ihnen geantwortet?

Leutheusser-Schnarrenberger: Sie haben nach einem Weilchen geschrieben, nach deutschem Recht sei das Fotografieren von Gebäuden erlaubt. Natürlich würden Gesichter und Autokennzeichen verfremdet, und natürlich halte man sich an die datenschutzrechtlichen Vorgaben. Ich werde das überprüfen, wenn das Bild da ist. Ich habe eine Hecke als Lärm- und Sichtschutz. Wenn die Aufnahmen darüber hinausgehen, ist das rechtlich nicht unproblematisch.

SPIEGEL: Mit Google Earth haben Sie diesen Blick von oben schon heute, für jeden kostenlos abrufbar.

Leutheusser-Schnarrenberger: Auch das finde ich rechtlich unbedingt prüfenswert.

SPIEGEL: Das klingt, als hätten Sie wenig Vertrauen in die Firma, die „sei nicht böse“ als einen ihrer Grundsätze führt ...

Leutheusser-Schnarrenberger: Mich stört dieses Vorpreschen, diese Gigantomanie, diese Haltung, die auch bei der Google-Buchsuche durchscheint. Zuerst scannt man urheberrechtlich geschützte Werke, dann schaut man, wer wie heftig darauf reagiert. Und wenn jemand sein Urheberrecht geltend machen will, dann kann er sich ja an Google wenden. Ich habe dieses

Vorgehen schon als Abgeordnete kritisiert und dagegen protestiert. Insgesamt entsteht für mich da gerade weithin unbenutzt ein Riesenmonopol, ähnlich wie Microsoft.

SPIEGEL: Sie sind jetzt Ministerin. Planen Sie politische Schritte?

Leutheusser-Schnarrenberger: Meine erste Reaktion ist nicht, etwas zu verbieten, zu verhindern. Aber mein Anspruch ist, mehr Transparenz herzustellen. Sicherzustellen, dass Nutzer darüber aufgeklärt werden, was mit ihren Daten geschieht. Da sehe ich eine Bringschuld bei den Unternehmen, da ist vieles noch sehr verbesserungswürdig. Wenn das nicht bald geschieht, sind wir womöglich als Gesetzgeber gefordert.

SPIEGEL: Bei der libertären Internetgemeinde werden Sie sich damit sofort Zensurvorwürfe einhandeln.

Leutheusser-Schnarrenberger: Eben nicht, unser Ziel ist nicht die Durchregulierung des Internets. Wir setzen stark auf Selbstregulierung und auf kreative Ansätze: wie die von uns eingebrachte „Stiftung Datenschutz“, die viel dazu beitragen kann, Nutzer über datenschutzrechtliche Probleme verschiedener Angebote aufzuklären.

SPIEGEL: Können nationale Gesetzgeber gegen globale Anbieter wie Google überhaupt etwas ausrichten? Als EU-Datenschutzbeauftragter das versuchten, antwortete das Unternehmen, sie seien gar nicht zuständig.

Leutheusser-Schnarrenberger: National sind die Grenzen da sicher schnell erreicht. Aber wir haben ja Foren wie die G20. Ich könnte mir gut vorstellen, dort über ein paar grundsätzliche Standards zu diskutieren. Das würde auch die Chance bieten, Länder wie China anzusprechen, die bislang einen sehr autoritären Umgang mit dem Netz pflegen.

SPIEGEL: Sie fordern bessere Regeln für das globale Datennetz, zu Hause musste die Bürgerrechtlerin Leutheusser-Schnarrenberger ausgerechnet in ihren Kernthemen herbe Niederlagen einstecken. Schwarz-Gelb hat gegen Ihren Widerstand das sogenannte Swift-Abkommen zwischen der EU und den USA passieren lassen, das US-Geheimdienstlichen Zugriff auf deutsche Banküberweisungsdaten ermöglicht. Wie konnte das passieren?

Leutheusser-Schnarrenberger: Ich halte das Swift-Abkommen für falsch und habe dar-

aus nie einen Hehl gemacht. Mittlerweile räumt ja sogar das Bundeskriminalamt ein, dass die Schnüffelei in den Bankkonten der Bürger keine zusätzliche Sicherheit schafft. Aber es ist wahr: Die FDP konnte sich nicht durchsetzen gegen den Koalitionspartner. Übrigens gilt das genauso für den Bundesrat.

SPIEGEL: Vor allem hat Ihnen Parteichef Guido Westerwelle im entscheidenden Moment die Rückendeckung versagt. Fühlen Sie sich von ihm im Stich gelassen?

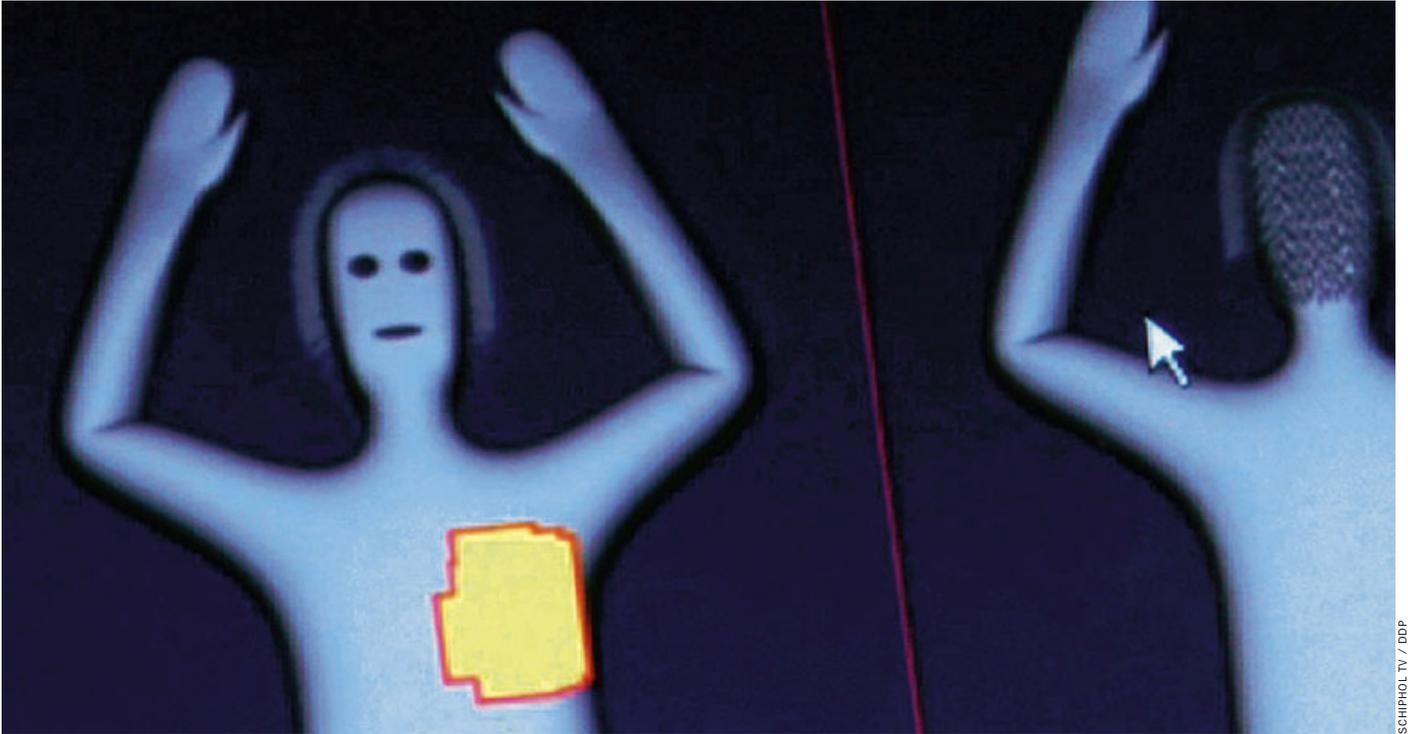
datenspeicherung, so wie sie in Deutschland umgesetzt ist, nicht verfassungskonform ist. Deshalb habe ich ja schon vor zwei Jahren mit etlichen Liberalen in Karlsruhe dagegen geklagt. An dieser Klage halte ich fest.

SPIEGEL: Aber als die Regelung jüngst in Karlsruhe verhandelt wurde, waren Sie nicht dabei. Warum haben Sie gekniffen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Wieso gekniffen? Hätte ich als zuständige Justizministerin etwa ein Gesetz verteidigen sol-

en zu verantworten. Gerade entsteht eine riesige Datenbank, in der sensibelste Informationen über die Einkommens- und Arbeitsverhältnisse aller 40 Millionen Arbeitnehmer gespeichert werden. Halten Sie das für gerechtfertigt?

Leutheusser-Schnarrenberger: Erst einmal gehört zur Wahrheit, dass dieses System von einer rot-grünen Koalition auf den Weg gebracht und von einer schwarz-roten Koalition beschlossen wurde. Entsprechend unglaublich ist es, wenn Politiker



Körperscanner am Amsterdamer Flughafen Schiphol: „Die Intimsphäre muss gewahrt sein“

Leutheusser-Schnarrenberger: Es geht nicht um mich, es geht um die Bürger in Europa. Sie sind Leidtragende dieser Entwicklung. Umso wichtiger ist es, dass sich die Liberalen bei künftigen Entscheidungen als Bürgerrechtspartei behaupten. Das bedeutet: Das darf sich nicht wiederholen. Und ein zweites Swift wird es nicht geben.

SPIEGEL: Gibt es das nicht schon? Vor der Wahl haben die Liberalen vehement gegen die sogenannte Vorratsdatenspeicherung gekämpft, nach der die Verbindungsdaten sämtlicher Telefongespräche sechs Monate lang aufbewahrt werden müssen. Im Koalitionsvertrag gab es dazu einen halbgenauen Kompromiss, das Gesetz ist in Kraft. Sieht so der Kampf gegen die Datensammelerei aus, von der Sie vor der Wahl immer gesprochen haben?

Leutheusser-Schnarrenberger: Die Liberalen führen diesen Kampf so engagiert wie eh und je. Das Problem besteht doch darin, dass die Datenspeicherung auf einer EU-Richtlinie beruht, die eine deutsche Regierung nicht einfach außer Kraft setzen kann. Ich bin aber überzeugt, dass die Vorrats-

len, dass ich selbst für falsch halte? Das wäre ja wohl unglaublich gewesen. Wir warten jetzt ab, wie Karlsruhe entscheidet. Und wenn wir schon nicht das Speichern der Daten verhindern können, müssen wir eben per Gesetz dafür sorgen, dass die Behörden so wenig wie möglich darauf zugreifen können. Im Koalitionsvertrag haben wir bereits eine Reihe wichtiger Korrekturen verabredet.

SPIEGEL: Das glauben Sie doch selber nicht. In Bayern, wo Sie als FDP-Landeschefin ebenfalls Verantwortung für die Koalition tragen, gibt es ähnliche Regelungen. Trotzdem ist die Nutzung von Vorratsdaten für die Strafverfolgung drastisch angestiegen, kein Bundesland nutzt sie intensiver.

Leutheusser-Schnarrenberger: Diese Entwicklung ist nicht hinnehmbar. Die bayerische Praxis widerspricht noch der Vereinbarung, die Datenabfrage auf absolute Ausnahmefälle zu begrenzen. Das wird sich ändern. Darüber reden wir jetzt in der Münchner Koalition.

SPIEGEL: Eine nicht weniger fragwürdige Form der Datenspeicherung hat derzeit Ihre Kabinettskollegin Ursula von der Ley-

dieser Parteien ihr eigenes Werk heute als Datenskandal brandmarken.

SPIEGEL: Noch wichtiger ist aber die Frage, ob die Kritik berechtigt ist.

Leutheusser-Schnarrenberger: Damals haben nahezu alle Experten und Datenschützer gesagt, es handle sich um sinnvollen Bürokratieabbau. Das hat die FDP anders gesehen. Jetzt geht es um die Frage, welche Daten erhoben werden müssen, die zuständige Arbeitsministerin hat ja angekündigt, die Liste noch einmal zu überarbeiten. Ich finde, wir sollten uns auf Daten beschränken, die für das Ausstellen der fraglichen Arbeitsbescheinigungen unbedingt erforderlich sind. Informationen über Abmahnungen oder Streiktage gehören sicher nicht in diese Kategorie.

SPIEGEL: Auch das Gesetz über die Internetsperren in Sachen Kinderpornografie haben Sie aus der Opposition heraus bekämpft. Im Koalitionsvertrag haben Sie sich mit der Union auf den seltsamen Kompromiss geeinigt, es ein Jahr nicht anzuwenden. Der Bundespräsident hat es bislang nicht unterschrieben und fordert Erklärungen. Was antworten Sie ihm?



KEVIN SIEGAL/REUTERS/DAIF

Google-Zentrale in Kalifornien: „Mich stört dieses Vorpreschen, diese Gigantomanie“

Leutheusser-Schnarrenberger: Wir haben als Bundesregierung noch keine gemeinsame Stellungnahme abgegeben.

SPIEGEL: Weil Sie keinen gemeinsamen Nenner finden?

Leutheusser-Schnarrenberger: Es gibt unterschiedliche Bewertungen und Einschätzungen. Die FDP war immer sehr, sehr kritisch gegenüber Internetsperren. Die Große Koalition hat dieses Gesetz ja noch in den letzten Wochen auf den Weg gebracht. Von daher ist klar, dass da jetzt unterschiedliche Vorstellungen aufeinanderprallen.

SPIEGEL: Das heißt, Sie würden es begrüßen, wenn der Bundespräsident nicht unterschreibt?

Leutheusser-Schnarrenberger: Es ist seine eigene Prüfungscompetenz. Da hat die Bundesregierung ihm keine Empfehlung zu geben. Von daher gebietet einfach der Respekt, sich zurückzuhalten. Aber wenn das Gesetz nicht in Kraft tritt, machen wir genau eines: Dann sorgen wir dafür, dass diese Inhalte gelöscht werden. Das ist allemal effektiver, als zu versuchen, sie durch leicht umgehbare Sperren nur zu verstecken.

SPIEGEL: Warum legt Schwarz-Gelb einen derartigen Stolperstein hin, wieso finden die Partner der vermeintlichen Wunschkoalition nicht zusammen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Die Union hat in den vergangenen vier Jahren in einer Koalition mit der SPD regiert, die FDP war elf Jahre in der Opposition. Daraus resultieren unterschiedliche Politikansätze. Es ist doch logisch, dass man viel Überzeugungskraft und Regierungskunst braucht, wenn man einen Partner dazu bewegen will, Dinge zu reformieren, die er selbst vor kurzem noch beschlossen hat. In der Union fühlt man sich in vielem noch dem früheren Handeln verpflichtet. Deshalb ist das Gefühl des Miteinanders in der Koalition noch nicht da. Das muss besser werden.

SPIEGEL: Sie selbst haben einen Kurswechsel in der Innenpolitik ausgerufen, einen Bruch mit dem Automatismus immer neuer Sicherheitsgesetze. Bisher ist davon

nichts zu spüren. Wie wollen Sie ihre aufgeschreckte Bürgerrechtsklientel besänftigen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Wir haben klare Positionen und klare Vereinbarungen mit der Union getroffen. Unser Haus arbeitet daran, den Berufsheimnisträgerschutz und die Pressefreiheit zu stärken, dafür ändern wir das Strafrecht und das Strafprozessrecht. Außerdem werden wir die Kronzeugenregelung eingrenzen. Das kommt ohne Wenn und Aber. Von besänftigen kann also keine Rede sein.

SPIEGEL: Dennoch wirkt die Bürgerrechtspartei FDP wie weichgespült, auch in der Debatte über die Flugsicherheit. Sie haben sich, für viele überraschend, nicht grundsätzlich gegen Körperscanner ausgesprochen.

Leutheusser-Schnarrenberger: Ich habe nur gesagt: Wenn es letztendlich einen Scanner gäbe, der wirklich nicht mehr den Körper sichtbar macht, sondern nur mögliche Gefahrenstellen, dann könnten wir darüber reden. Aber eben nur dann und nur unter klaren Voraussetzungen: Die Intimsphäre muss gewahrt sein, und es darf keinerlei gesundheitliche Beeinträchtigungen geben. Ich kann Ihnen heute nicht sagen, ob und wann es ein solches Gerät geben könnte. Ich habe noch keines gesehen.

SPIEGEL: So war es immer. Es gibt einen Vorfall, und sofort rufen alle nach neuen Technologien.

Leutheusser-Schnarrenberger: Wir sollten in der Tat erst einmal analysieren, was in die-



PETER SCHINZELER

Leutheusser-Schnarrenberger beim

SPIEGEL-Gespräch*

„Die Kronzeugenregelung eingrenzen“

sem Fall schief lief. Zu meinen, wir investieren in Technik, machen eine Haushaltsplanung und können viel Personal einsparen, dann ist das unterm Strich viel billiger – diese Rechnung wird nicht aufgehen.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Leutheusser-Schnarrenberger: Wir müssen das breiter diskutieren und mit einer Fehleranalyse anfangen, denn der Fall ist ja wirklich kurios: One-Way-Ticket, bar bezahlt, kein Gepäck, konkrete Warnung des Vaters an die zuständigen Behörden. Und das alles nützt nichts. Für mich ist damit klar, dass die Datensammelwut, wie sie die Amerikaner betreiben, nicht mehr Sicherheit bringt. Ich finde, wir sollten dringend über die Ausbildung, Qualifizierung und Bezahlung des Sicherheitspersonals an Flughäfen diskutieren ...

SPIEGEL: ... also jener Luftsicherheitskontrollen, die meist bei privaten Firmen angestellt sind und nach kurzer Ausbildung scannen und abtasten dürfen, zu Gehältern ab 6,50 Euro die Stunde.

Leutheusser-Schnarrenberger: Wir müssen prüfen, ob das unseren Sicherheitsansprüchen noch genügt. Auch wenn es wahrscheinlich teurer wird, wenn man dort länger und besser ausgebildete Kräfte hat. Aber Investitionen in diesem Bereich würden sich lohnen. Schon deshalb, weil wir für meine Begriffe auch stärker bei den Reisenden ansetzen sollten, also gezielt diejenigen herausuchen müssen, die gründlicher untersucht werden sollten. Das ist die Kunst, und das kann kein Nacktscanner.

SPIEGEL: Für eine Bürgerrechtlerin wie Sie ist dieser israelische Weg des Profiling ein interessanter Vorschlag, denn Sie könnten damit beispielsweise alleinreisende junge Männer mit Migrationshintergrund quasi automatisch in die Sonderkontrollschlange bugsieren. Was passiert eigentlich, wenn jemand das als diskriminierend empfindet und dagegen klagt?

Leutheusser-Schnarrenberger: Ich sehe natürlich die Gefahr einer Stigmatisierung. Deswegen sage ich ja, eine bessere Qualifikation und Ausstattung an den Checkpoints ist alternativlos. Körperscanner können das, wenn überhaupt, nur ergänzen.

SPIEGEL: Vor der Wahl und dem Vorfall von Detroit haben die FDP und auch Sie persönlich Körperscanner noch abgelehnt. Nun formulieren Sie Bedingungen, unter denen Sie sich ihren Einsatz vorstellen können. Wie sollen sich Bürgerrechtler, Datenschützer und FDP-Wähler da nicht verschaukelt fühlen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Wenn das, was jetzt kommen könnte, ein Nacktscanner wäre, dann hätten Sie recht. Deshalb wird es mit uns auch keinen Nacktscanner geben.

SPIEGEL: Frau Leutheusser-Schnarrenberger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Michael Sauga und Marcel Rosenbach in einem bayerischen Hotel.